

Werner Seitz

Das Alte der Neuen Linken Die POCH und die Abschaffung der Armee

Die Initiative zur Abschaffung der Armee stellt der «Realpolitik» eine «reale Utopie» entgegen. Dieser Eingriff in den alltäglichen Polit-Trott hat bei den Parteien entsprechende Reaktionen hervorgerufen: Die Verwalter des Bestehenden, die bürgerlichen und rechten Parteien, skandieren – erwartungsgemäss – «Landesverrat», ein Grossteil der traditionellen Linken versucht, die InitiantInnen lächerlich zu machen, während die SAP ziemlich leichtfüssig der Initiative zugestimmt hat. Zerrissen ist nach wie vor die POCH, welche – ihrem eigenen Selbstverständnis nach – auf einem realpolitischen und einem utopischen Bein steht (die POCH bezeichnet sich beispielsweise auch als verlängerten Arm der Bewegungen in den Parlamenten). Bei einer Kritik des Verhältnisses der POCH zur Armeeabschaffungs-Initiative ist diesem Sachverhalt Rechnung zu tragen. Ich werde im folgenden zuerst die Stellung der POCH zur Friedens- und Militärfrage im allgemeinen und darauf die bisherigen Diskussionen der POCH betreffend die Armeeabschaffungs-Initiative skizzieren.

Die POCH und die Armeefrage (in den POCH-Publikationen)

In den ersten offiziellen Dokumenten der POCH nimmt die Armeefrage keinen nennenswerten Stellenwert ein: Die POCH versteht sich primär als Teil eines internationalistischen, revolutionären Bündnisses und analysiert so in der «revolutionären General-

in: Brodmann, Roman / Gross, Andreas / Spescha, Marc (Hg.), *Unterwegs zu einer Schweiz ohne Armee. Der freie Gang aus der Festung*, Basel 1986.

linie» (1974) und dem «Programmatischen Dokument» (1975) den internationalen Klassenkampf und den Beitrag, den die POCH dazu leisten könne. In «Wer sind wir – was wollen wir» von 1975 formuliert die POCH erstmals in einer Broschüre ihr Verhältnis zur Schweizer Armee: Unter dem Titel «für Erhaltung und Ausbau der Demokratie» fordert sie volle demokratische Rechte in der Armee sowie die Abschaffung der Militärjustiz und sagt der militärischen Gesamtverteidigung ihren Kampf an. Diese bis heute noch gültigen Aussagen zur Militär- und Friedenspolitik werden in der «Erklärung zu den nationalen und internationalen Aufgaben der Partei» (1977) und im Parteiprogramm von 1978 unter den Schlagworten «für eine neue Aussenpolitik» und «Demokratisierung der Militärpolitik» ausgeführt. Zur «neuen Aussenpolitik» heisst es im Programmentwurf von 1977 (21-Punkte-Programm) etwa: für Frieden und Abrüstung – gegen Militarisation und Kriegstreiberei – aktive Unterstützung aller Bemühungen für ein blockfreies Europa – aktive Politik für Abbau und Überwindung der Militärblöcke. Bezüglich der schweizerischen Militärpolitik kritisiert die POCH im Parteiprogramm die Verschacherung von Rüstungsmillionen auf Kosten der Sozialausgaben und die Militarisation der Gesellschaft, die sich beispielsweise in folgenden Tendenzen zeige: Dienstpflicht der Frauen, «Abschaffung der Milizarmee» (S. 112), Aufbau einer riesigen Zivilschutzorganisation. Sie verlangt eine demokratische Kontrolle der Armee und demokratische Rechte für die Soldaten sowie die Abschaffung der Militärjustiz als Sondergericht. Die POCH spricht sich im weiteren für ein Recht auf Dienstverweigerung und Zivildienstleistung aus und verlangt eine «Öffnung des Offizierskorps für alle Schichten der Gesellschaft» (S. 113). Die POCH will nach ihrem

Programm von 1978 die Armee keineswegs abschaffen, sondern «demokratisieren», d.h. «die Armee den reaktionären Kräften des Landes aus den Händen ... nehmen und zu einem wirklichen Instrument des demokratischen Staates ... machen» (S. 112 f.)

Zwei Broschüren, veröffentlicht zu Beginn der 80er Jahre, setzen sich eigens mit der schweizerischen Militärpolitik auseinander. Die eine mit dem Titel «Emanzipation in Uniform?» wurde von Zürcher POCH-Frauen verfasst und wehrt sich von einem feministischen Standpunkt aus gegen den Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung. Die andere Broschüre («Rüstung – die heilige Kuh im Bundeshaus») stammt von Nationalrat Andreas Herzog und diskutiert die «Natoisierung» der Schweizer Armee sowie die überrissenen Rüstungsprogramme (vor dem Hintergrund der Sparmassnahmen im Sozialbereich); letztlich plädiert Herzog für die Einführung des Referendums bei Rüstungsprogrammen. Beide Publikationen sind in ihrer Aussage armeekritisch; doch wird die Forderung nach der Abschaffung der Armee implizit nur von den Zürcher Frauen aufgeworfen. In der Publikation «Wer sind wir – was wollen wir» (1983) nimmt die POCH auch zur neuen friedenspolitischen Lage in Europa Stellung. Sie geht dabei von der Einschätzung der internationalen Situation aus und solidarisiert sich mit der Friedensbewegung, welche ein «Euroshima» verhindern will. Für die schweizerische Aussenpolitik fordert sie «Blockfreiheit und Einsatz für ein atomwaffenfreies Europa», innenpolitisch erachtet sie die Forderung nach einem radikalen Rüstungsstopp und nach der Unterstellung der Rüstungskredite unter das Referendum als vordringlich. Noch pointierter drückt sich die POCH im Diskussionspapier zum Friedenssymposium in Genf (1984) – abgedruckt im POCH-Jahrbuch 1985 – aus: Die

Frage der Abrüstung lasse sich nicht im Rahmen der Ost-West-Abrüstungsverhandlungen lösen, da es mit der Aufrüstung des Westens gleichzeitig auch um die Dominanz der OECD-Länder gegenüber der restlichen Welt gehe. Um reale Abrüstungsschritte erzielen zu können, müsse daher auch das weltweite Übergewicht des OECD-Raumes in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht eingeschränkt werden: «Die Friedensbewegung kann letztlich nur erfolgreich sein, wenn das aktuelle Privilegiensystem, dessen Früchte auch den europäischen Friedensbewegten in den Schoss fallen, abgebaut wird» (S. 88). Angesichts dieses Dilemmas konstatiert die POCH in der Politik der Friedensbewegung «Scheinauswege in allerlei Friedensbeschwörungsrituale... , um sich dem Druck des harten Kerns der gegenwärtigen weltpolitischen Lage zu entziehen» (S. 88). Bei ihrer Vorstellung einer konkreten Friedenspolitik in der Schweiz geht die POCH davon aus, dass die Friedensbewegung auch von Leuten getragen werde, welche die militärische Landesverteidigung nicht grundsätzlich ablehnen; somit müsse es primär um die Zurückweisung offensiver militärischer Konzepte gehen sowie um die Forderung nach einer neuen friedenspolitischen Rolle der Schweiz.

Die POCH und die «Armeeabschaffungs-Initiative»

Noch bei keiner politischen Beschlussfassung tat sich die POCH so schwer wie bei der Armeeabschaffungs-Initiative. Anders als die SAP, welche innert kurzer Zeit ihren eher ablehnenden in einen befürwortenden Standpunkt umwandelte, beschränkte sich die POCH darauf, die Armeeabschaffungs-Forderung breit zu diskutieren. Vorerst wurden Berichte über die GSoA in den POCH-

Organen abgedruckt; im Oktober 1984 eröffnete die POCH-Zeitung eine Diskussion über die Armeeabschaffungs-Initiative, an der sich ein gutes Dutzend Pöchler beteiligten. Das Meinungsspektrum erstreckte sich von der Bejahung der «demokratischen Milizarmee», die allerdings gewisser Reformen bedürfe, über die Abqualifizierung der Armeeabschaffungs-Initiative als provinziell, da sie die globalen Gewaltverhältnisse nicht beachte, bis hin zum Plädoyer für eine mutige Unterstützung der Initiative. Auffallend an dieser Diskussion war, dass ein Grossteil der POCH-ExponentInnen, die sonst selten verlegen sind, diesen oder jenen Sachverhalt zu kommentieren, offensichtlich an Schreibhemmungen litt. Eine Ausnahme bildete Nationalrat Andreas Herzog, der sich in verschiedenen Beiträgen gegen die «Prinzipienreiter-Initiative» wandte und für eine Realpolitik der Demokratisierung der Armee plädierte. Andere PöchlerInnen kritisierten in verschiedenen Interviews und Artikeln, dass die Armeeabschaffungs-Initiative die Friedensbewegung spalte: gerade diese aber als ganze in den Dissensprozess einzugliedern, müsse jedoch ein Ziel der POCH-Aktivitäten sein.

Ein Vernehmlassungsverfahren in den einzelnen POCH-Sektionen zeigte, dass – noch vor der Lancierung – die Sektionen Zürich und Basel eine Unterstützung der Initiative tendenziell ablehnten, während sich – nach bereits erfolgter Lancierung – die Luzerner und Berner Sektionen für eine Unterstützung aussprachen, ohne sich allerdings zur Übernahme einer bestimmten Sammelquote verpflichtet zu wollen. Auf Anfang November 1985 hat die POCH nun eine nationale Delegierten-Versammlung einberufen, an der sie zur Armeeabschaffungs-Initiative Stellung nehmen wird.

Einige abschliessende Bemerkungen

Die POCH hat es bisher immer wieder verstanden, sich auf neue Situationen einzustellen und neue Fragestellungen aufzunehmen. Eine solche neue Situation ist spätestens mit der Lancierung der Armeeabschaffungs-Initiative eingetreten: Die ArmeeabschafferInnen und die 40'000 StimmbürgerInnen, welche die Initiative in den letzten sechs Monaten unterschrieben haben, können nicht mehr marginalisiert werden: Sie stellen zusammen mit jenen 80'000 Unterzeichnenden, die sich im kommenden Jahr noch - Repressionsbefürchtungen zum Trotz - zu den ArmeeabschafferInnen reihen werden, ein Potential dar, das nicht mehr als Nebenprodukt oder Spaltpilz der Friedensbewegung abgetan werden kann. Letztlich ist so die Frage an die POCH gestellt, ob sie gewillt ist, dieser friedenspolitischen Manifestation zum Durchbruch zu verhelfen. Eine Unterstützung der Armeeabschaffungsforderung würde aber eine Änderung der militärpolitischen Ausrichtung, wie sie das POCH-Parteiprogramm festlegt, bedingen: Gegen die Militarisierung der Gesellschaft anzukämpfen hiesse dann nicht mehr nur, sich gegen den Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung und gegen den Ausbau des Zivilschutzes zu stellen, sondern auch gegen die Armee selber anzugehen. Der Passus im Parteiprogramm, wonach die «Abschaffung der Milizarmee» als Militarisierungstendenz bezeichnet wird, müsste fallengelassen werden, genauso wie die militärpolitische Demokratisierungsforderung («Öffnung des Offizierskorps», «Armee zum Instrument des demokratischen Staates machen»).

Der Einwand, die Friedensbewegung und speziell die ArmeeabschafferInnen würden besser - wie die POCH - gegen das Privile-

giensystem der OECD ankämpfen, zieht nicht: Es ist nicht einzusehen, weshalb ein Engagement für die Armeeabschaffungs-Initiative diesen Kampf mehr behindern sollte als das - von der POCH betriebene - Engagement für die Nationalstrassenbau-Stopp-Initiative oder für andere innenpolitische Forderungen; zudem sollte beachtet werden, dass die fünf Milliarden Franken, die jährlich fürs Militär verbuttert werden, durchaus in einem internationalen friedens- und entwicklungspolitischen Zusammenhang stehen. Ebenso wenig überzeugt das Argument, mit der Forderung nach Demokratisierung der Militärpolitik sei politisch mehr zu erreichen: Eine Unterstützung der Armeeabschaffungs-Initiative verbaut der POCH ein weiteres Engagement für eine Demokratisierung des Militärwesens keineswegs - genausowenig wie es die POCH ja tagtäglich vereinbaren kann, diverse Mitsprache-Initiativen betreffend die Atomenergie tatkräftig zu unterstützen, obwohl sie doch letztlich für die Abschaffung der Atomenergie ist!

Es bleibt zu hoffen, dass die POCH an ihrer Delegiertenversammlung bezüglich der Militärfrage mutig Stellung bezieht und nicht - opportunistisch um Volksmehrheiten buhlend - dem Mythos von der Armee als heiliger Kuh auf den Leim geht.

PS:

Am 2. November 1985 hielt die POCH nun ihre Delegiertenversammlung ab, an der sie zur Armeeabschaffungs-Initiative Stellung nahm. Die Diskussionen waren geprägt von dem am Anfang des Artikels erwähnten Gegensatz zwischen dem «realpolitischen» Flügel, vor allem aber auch vom Bestreben, diesen Gegensatz nicht zu einem Bruch innerhalb der POCH anwachsen zu lassen. In den vorgelegten Anträgen war denn weder

von Unterstützung noch von Ablehnung der Initiative die Rede, wie dies aufgrund der bisher in der POCH geführten Diskussionen zu erwarten gewesen wäre. Vielmehr konnte eine vorsichtig taktierende, ja sogar versöhnliche Tendenz festgestellt werden: Der befürwortende Antrag der Sektion Luzern begnügte sich mit der «Begrüssung» der Armeeabschaffungs-Initiative, welche einen wichtigen Beitrag zur Debatte um die Friedenspolitik darstelle, der ablehnende Antrag der Zürcher-Sektion wollte die Art und Weise des Engagements den Sektionen überlassen und erst zu einem späteren Zeitpunkt eine Parole fassen. In der mehrstündigen Diskussion verschwand jedoch häufig der versöhnliche Ton vor dem Hintergrund von sehr fundiert vorgebrachten Stellungnahmen, auch wenn es von Gegnern wie BefürworterInnen tunlichst vermieden wurde, sich für eine Nein-Parole oder eine konkrete Unterstützung auszusprechen. Dass eine solche Polarisierung unerwünscht war, wurde mit der starken Verwerfung des Antrags eines jungen Zürchers demonstriert, der die Zustimmung der POCH zur Armeeabschaffungs-Initiative mit einer aktiven Unterstützung verbinden wollte. In der Schlussabstimmung setzte sich immerhin der befürwortende Antrag durch (mit knappen 34 : 31, bei 3 Enthaltungen).

Damit kommt der Initiative der GSoA seitens der POCH zwar keine unmittelbare Unterstützung zu; eine gewisse Verpflichtung der Initiative gegenüber aber ist die POCH gleichwohl eingegangen, denn nach der «Begrüssung» kann ihr das weitere Geschehen um die Initiative nicht mehr gleichgültig sein, und ein schlechtes Abschliessen der Initiative würde auch auf die POCH zurückfallen. Dieser Entscheid zur Armeeabschaffungs-Initiative hat ferner, wie ein Vertreter des Zentralsekretariats im Tages-Anzeiger erklärte, Auswirkungen auf die laufende Par-

teiprogrammrevision. Somit dürften die Gegner der Initiative, die sich bisher auf das Parteiprogramm berufen konnten, an eine kürzere Leine gebunden werden. Es liegt nun an den BefürworterInnen, das versteckte Ja zur Initiative für eine Schweiz ohne Armee konkreter werden zu lassen.

Werner Seitz
Le Vieux de la Nouvelle Gauche
Les POCH (1) et l'abolition de l'armée
(Résumé)

L'étude des programmes de parti des POCH pendant les années 70 et 80 permet de comprendre les difficultés qu'elles ont éprouvées envers l'initiative pour l'abolition de l'armée. En 1977, les POCH revendiquaient dans leur projet de programme «l'ouverture du corps des officiers à toutes les couches sociales». Fort logiquement, dès lors, le programme de 1978 posait un «postulat de démocratisation», exigeant «que l'armée devienne réellement un instrument de l'Etat démocratique». Les critiques des POCH à la politique du mouvement pacifiste des années 80 relèvent tout-à-fait de la même tradition: d'un côté on dénonce les «illusoires rituels d'exorcisme pacifistes» et on leur oppose des analyses de la situation politique mondiale; de l'autre, on voudrait pousser les forces pacifistes à refuser prioritairement les «concepts militaires offensifs».

Bien qu'une Assemblée des Délégués nationale des POCH se soit prononcée en faveur de l'initiative (au terme de la plus difficile discussion qu'ait jamais connue ce parti), une forte minorité dissidente se réclame de la tradition du parti.

Pour les POCH, la question reste ouverte: veulent-elles rompre avec leur tradition de réformisme militaire, ou continuer dans la voie «politique réaliste» d'une démocratisation de l'armée?

(1) POCH: Progressive Organisationen der Schweiz = Organisations Progressistes Suisses. Sans implantation en Romandie, ce parti n'a pas de sigle français.

(trad. P. Beck)

Rolánd Béguelin, Roman Brodmann, Jean-Louis Cornuz, Fitzgerald Crain, Friedrich Dürrenmatt,
Hans Fässler, Regula Fischer, Max Frisch, Andreas Gross, Jürg Hagmann, August E. Hohler,
Jenny Humbert-Droz, Kurt Hutterli, Carlo Jäger-Weise, Egbert Jahn, Jean-Philippe Jeanneret,
Jürgmeier, Edy Kaspar, Arnold Künzli, Anne-Claude Liardet, Ueli Mäder,
Max Meier, Paul Parin, Pierre Passett, Madeleine Regis, Franz Rehggli,
Peter von Roten, Paul Ruppen, Ingrid Rusterholz, Hans Särer, Werher Seitz,
Marc Spescha, Esther Steinacher, Jürgen von Tömé, Fernand Vauthrey, Manfred Züfle,
Hans-Heiri Zürcher

UNTERWEGS ZU EINER SCHWEIZ OHNE ARMEE

Der freie Gang
aus der
Festung



Unterwegs zu einer Schweiz ohne Armee

Der freie Gang aus der Festung

1986, 1987
Z-Verlag, Basel